Praefatio communis lesen; umgekehrt muffen alle Priester, die am genannten Tage in einer Augustiner-Kirche celebrieren, die Segueng

und Präfation vom heiligen Augustinus nehmen.

Nur wenn die Kirche oder das Oratorium ein Officium ritus semidupl. etc. hat, das auch Votiv- und Requiem-Messen zuläst, hat der Celebrant volle Freiheit; er kann sich nach seinem Directorium richten, muss sich aber in diesem Talle vollständig an dasselbe halten (die Collecta imperata ausgenommen) ohne Rücksicht auf das Directorium der Kirche. Es steht ihm aber auch frei, sich nach dem Directorium der Kirche zu richten, selbst wenn er dupl. 1. classis hätte; dann aber ohne jede Kücksichtnahme auf das eigene Directorium. Selbstverständlich hat dies gar keinen Einfluss auf die Recitation des Breviers.

Uebrigens ist von Ordenspriestern der besondere Ritus ihres Ordens zu beobachten, mögen sie wo immer celebrieren. So wird der Karmelit überall nach dem letzten Segen das Salve Regina beten, der Franciscaner im Constteor seinen Ordensstifter nennen; einem fremden Priester aber ist es nicht gestattet, in einer Karmelitenkirche vor dem letzten Evangelium das Salve Regina zu beten, oder in einer Franciscanerkirche im Consiteor den heiligen Franciscus zu nennen.

In einem Oratorium mere privatum (Haus-, Schloskfapelle u. dgl.) hat sich der Celebrant nach wie vor an das eigene Direc-

torium zu halten.

Linz.

Josef Kobler.

VII. (Einflus des Alters ungarischer Chewerber auf Giltigkeit und Erlaubtheit ihrer Cheschließung.) Nach der Verordnung des k. k. Justizministeriums vom 8. März 1896, 3. 4299, wird unter Punkt 4 als in international-rechtlicher Beziehung bei Cheangelegenheiten für ungarische Staatsbürger in Desterreich hervorgehoben:

"Die Giltigkeit einer wo immer geschlossenen She wird hinsichtlich des Alters und der Handlungsfähigkeit bezüglich eines jeden Ehegenossen ausschließlich nach den Gesetzen seines Vaterlandes

beurtheilt."

Es könnte bennach nüglich und willkommen sein, was der ungarische Gesetzartikel XXXI ex 911, die ungarischen Justizministerial-Berordnungen vom 29. Juni 1895, Z. 27243 und vom 12. Februar 1896, Z. 7870, besagen, kurz zusammenzustellen.

Mit Rücksicht auf das Alter haben wir bei ungarischen Che-

werbern folgende Personen zu unterscheiden:

I. Personen, die des Alters wegen bezüglich der Verehelichung

als handlungsunfähig bezeichnet find.

Il. Personen, die nach dem Chegesetze als im unentwickelten Alter stehend bezeichnet werden.

III. Minderjährige.

IV. Volljährige.

Ru der erften Gruppe, den im Sinne des ungarischen Chegesetes "Sandlungsunfähigen" gehören:

a) Rinder unter zwölf Jahren. (Chegeset § 127.)

b) Berjonen, beren Minderjährigkeit aus dem Grunde erklärt oder verlängert wurde, weil fie Geisteskranke oder solche Taubstumme find, die fich durch Zeichen nicht verständigen können. (Chegeset \$ 127.)

Bezüglich dieser Gruppe sagt ber § 8 Chegeset: "eine hand=

lungsunfähige Berjon kann eine Che nicht schließen".

Eine von einer handlungsunfähigen Berson geschlossene Ehe ist nichtig, ausgenommen, wenn der handlungsunfähige Theil nach Aufhoren feiner Bandlungsunfähigteit die Cheschießung vor der Auflösung ober Ungiltigkeits-Erklärung der Che genehmigt. Ob diese Fortsetzung des Zusammenlebens als Genehmigung zu betrachten sei, muss nach den Umftänden des einzelnen Falles beurtheilt werden.

Die Genehmigung ift unwirtsam, wenn zwischen den Gheleuten in ber Zwischenzeit ein Hindernis nach § 11, d) (Schwägerschaft zwischen bem einen Chegatten und den Blutsverwandten gerader Linie bes anderen Chegatten, auch nicht nach Trennung ober Ungiltigfeits-Erklärung der Che) ober nach § 12 (neue Cheichließung vor Aufhören oder Ungiltigfeits-Erflärung der früheren) oder nach § 13 (versuchter Gattenmord) enistanden ift, und zwar auch dann, wenn dasselbe zur Zeit der Genehmigung schon aufgehört hat. (§ 44.)

Die Che kann nur im Processwege nichtig erklärt werden und wird bann

als nie geschlossen betrachtet. (§ 46.)

Die Anjechtung ber Che seitens bes Sandlungsunfähigen geschieht in ber Regel durch den gesetzlichen Bertreter desselben.

II

Bu der zweiten Gruppe gehören die "eheunmundigen Ber=

jonen" im unentwickelten Alter.

"Eine Berson männlichen Geschlechtes erreicht mit Bollenbung des achtzehnten Jahres, eine Berson weiblichen Geschlechtes mit Vollendung des jechzehnten Jahres das entwickelte Alter (Chegeset § 7.)

Gine im unentwickelten Alter stehende Berson fann eine Che

nicht schließen. (Chegeset § 7.)

Bon diesem Sindernisse fann der Justigminister Dispensation

ertheilen. (Chegeset § 7.)

Eine nachträgliche Dispensation ift im Falle einer entgegen dem § 7 geschloffenen Che folange zuläffig, bis der Chegatte sein ehemündiges Alter erreicht hat. (Chegeset § 63.)

Das Ansuchen um diese Dispens muß mit einem ungarischen 50 fr. Stempel und die Beilagen mit ungarischen 15 fr. Stempeln

versehen sein.

Die Dispensurfunde selbst ift stempelfrei.

Wenn eine ungarische, im unentwickelten Alter stehende-Brautperson die Juftizministeriums=Dispens nicht vorlegt, darf der ungarische Matrikelbeamte das Aufgebot nicht vornehmen.

Eine gegen den § 7 (im eheunmündigen Alter) ohne Dispens geschloffene Che ist nicht nichtig, aber ungiltig, und fann im Processweg angesochten und ungiltig erflärt werden. Solange das eheunmundige Alter dauert, ift gur Anfechtung auf Grund der vom Juftizminister erhaltenen Ermächtigung der königliche Staatsanwalt, und nach erreichtem ehemündigen Alter der Shegatte selbst berechtigt. Der Staatsanwalt ist von dem Tage, an welchem die Ansechtbarkeit zu seiner amtlichen Kenntnis gelangt, binnen Jahresfrist berechtigt; der Ghegatte von dem Tage, an welchem er das ehemündige Alter erreicht, binnen Jahresfrist.

Bei fruchtlosem Verlaufe der Anfechtungsfriften fann die Ghe nicht mehr

angefochten werden.

Es nuis noch bemerkt werden, dass eine Ehe, welche wegen Handles unsähigkeit eines Chewerbers nachträglich saniert worden ist, dennoch wegen Nichtsbeachtung des § 7 noch angesochten werden könnte.

III.

Als minderjährig mit Rücksicht auf die Cheschließung gelten folgende Bestimmungen:

a) Jede Person männlichen Geschlechtes, welche wohl das achtzehnte, aber noch nicht das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat;

b) auch jene männliche Personen dieses Alters, welche nur in der Weise und zu dem Zwecke großjährig erklärt wurde, um nach erreichtem achtzehnten Lebensjahre ein selbständiges Gewerbe betreiben zu können (Ghegesetz § 130);

c) die Personen weiblichen Geschlechtes, welche das sechzehnte, aber

nicht das vierundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben;

d) jene Frau, welche entgegen dem § 8 eine She geschlossen hat, fällt in der Anwendung der auf die Ansechtung der She bezugshabenden Normen unter eine gleiche Behandlung, wie die Mindersjährigen insolange, bis sie das vierundzwanzigste Lebensjahr nicht vollendet hat (siehe unter IV. (Bolljährige), letztes Alinea);

e) als minderjährig und im Sinne des Chegesetes in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkt gelten auch jene Volljährigen, deren Minderjährigkeit aus dem Grunde verlängert wurde, weil sie schwachgeistig oder solche Taubstumme sind, die sich durch Zeichen verständlich machen können, aber zur Verwaltung ihres Vermögens unfähig sind.

Bezüglich der im Sinne des ungarischen Ehegesetes Mindersjährigen sind nun besonders die §§ 8, 9, 10 und 16 des Gesetz-

artifel XXXI/1894 wohl zu beachten.

Gin Minderjähriger kann ohne Ginwilligung seines gesetzlichen

Vertreters eine Che nicht schließen. (Chegeset § 8.)

Zur Ehe eines Minderjährigen unter zwanzig Jahren ist, wenn dessen gesetzlicher Vertreter nicht der berechtigte Vater oder die Mutter ist, auch die Einwilligung des Vaters oder der Mutter und, wenn feine Eltern mehr vorhanden sind, die Einwilligung der Vormundschaftsbehörde ersorderlich. Die Genehmigung ist nicht nothwendig, wenn der Großvater des Minderjährigen dessen gesetzlicher Verstreter ist.

Wenn der gesetzliche Vertreter oder der Vater oder die Mutter die Einwilligung nicht ertheilen, tritt an deren Stelle die Einwilligung der Vormundschaftsbehörde. (Chegeset § 8.)

Bei dem Hindernisse aus § 8 ift eine nachträgliche Gin= willigung und Genehmigung der geschlossenen She durch den jeweiligen gesetzlichen Bertreter und einwilligungsberechtigten Elterntheil ober der Bormundschaftsbehörde bis zur Erlangung der Bolljährigkeit mit der Wirkung möglich, dass dann die Anfechtbarkeit der Che ausgeschlossen ift. Bezüglich ber nachträglichen Einwilligung ift bas Erreichen des zwanzigften Lebensjahres von einem Ginfluffe.

Eine Che, welche von einem der Chegatten ohne die im § 8 vorgeschriebene Einwilligung, beziehungsweise Gutheißung geschlossen worden ift, ift zwar nicht

nichtig, aber ungistig und kann angesochten werden. Berechtigt dazu ist: 1. der minderjährige Ehegatte nach Erreichung seines ehemundigen Alters; 2. mahrend der Dauer feiner Minderjahrigfeit feine Bor= mundschaftsbehörde, und zwar durch den Waisenanwalt; der Ehegatte hat dazu die Frist vom Tage des Abschlusses der Ehe, soferne er eben zu dieser Zeit noch im eheunmündigen Alter stand, vom Tage der Erreichung des eheunmündigen Alters; die Bormundschaftsbehörde hat das Recht der Anfechtung von dem Tage ab, an welchem die Cheschließung zu ihrer amtlichen Renntnis gelangt ift; 3. gleiches Recht zur Anfechtung innerhalb derfelben Trift, wie die Bormundschafts= behörde hat auch der gesetzliche Bertreter; endlich 4. der zur Einwilligung be-rechtigte Elterntheil, wenn die She vor vollendetem zwanzigsten Lebensjahre geschlossen wurde, auch nur bann, wenn die Bormundschaftsbehörde binnen drei Monaten sich der Klage anschließt.

Da die Vormundschaftsbehörde das Interesse des minorenen Chegatten zu wahren hat und das Anfechtungsrecht des Chegatten und der Vormundschaftsbehörde voneinander vollständig unabhängig find, so ist durch die nachträgliche Einwilligung des gesetzlichen Bertreters das Ansechtungsrecht der Bormundschafts=

behörde innerhalb der Frist nicht aufgehoben.

Man hat sich also bei Minderjährigen klar zu machen:

a) Wer ist der gesetzliche Vertreter der minderjährigen Verson, welche heiraten will:

b) hat diese minderjährige Person schon das zwanzigste Lebensjahr

c) von went hat eine folche Person die Einwilligung zur Che bei= zubringen.

Ad a) Der gesetzliche Vertreter eines Minderjährigen ift entweder der väterliche Gewalt aussibende Bater, oder die natiirliche

und gesetzliche Mutter, ober ein Vormund.

Der gesetzliche Vertreter muß nicht immer der zur Einwilli= gung berechtigte Elterntheil fein; zum Beispiel: wenn der durch den dahingeschiedenen Bater genannte Vornund der gesetzliche Vertreter des Minderjährigen, zur elterlichen Ginwilligung aber die Mutter berechtigt; oder wenn der Bater der gesetzliche Bertreter, die von ihm geschiedene Mutter aber berechtigt ift, die elterliche Ginwilligung zur Che des unter ihrer Obhut ftehenden Kindes zu ertheilen.

Der zur Einwilligung berechtigte Elterntheil ift: bei einem legitimen oder legitimierten Kinde der Bater; wenn der Bater nicht eriftiert, die Mutter; bei Eltern, deren Che getrennt oder gelöst, die Mutter des eheschließenden Kindes, welches behördlich unter ihre Obhut gestellt ist; wenn ein Elterntheil durch einen forperlichen ober geistigen Fehler, oder durch Abwesenheit verhindert ist, oder wenn der Vater der väterlichen Gewalt oder die Mutter der Vormundschaft enthoben ist, dann ist der andere Elterntseil zur Einwilligung berechtigt; für adoptierte Minderjährige ist, solange die Adoption besteht, wenn im Adoptionsvertrage der leibliche Bater die väterliche Gewalt oder die leibliche Mutter die Vormundschaft sich nicht vorbehalten hat, zur Einwilligung zur She nicht der leibliche, sondern in erster Reihe der Adoptivvater und in Ermanglung eines solchen die Adoptivmutter berechtigt; wenn jedoch die Adoption nicht seitens beider Ehegatten ersolgt ist, so ist zur Einwilligung nur jener Ehegatte berechtigt, der den Adoptionsvertrag abgeschlossen hat.

Ad b) Minderjährige Personen vor vollendetem zwanzigsten Lebensjahre bedürfen, um eine giltige She schließen zu können, außer der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters der Einwilligung des berechtigten Elterntheiles oder mangels dieses Elterntheiles der Genehmigung der Vormundschaftsbehörde; dieser Genehmiauna der Vormundschaftsbehörde bedarf es nicht, wenn der Großvater

des Minderjährigen der gesetzliche Vertreter desselben ift.

Eine Che ohne Cinwilligung der Eltern zu schließen, ist jenem Minderjährigen verboten, welcher sein 20. Lebensjahr überschritten hat, auch dann, wenn der gesetzliche Vertreter eingewilligt hat.

An Stelle der verweigernden oder verhinderten Eltern tritt die

Vormundschaftsbehörde.

Ad c) Bei einer minderjährigen Person hat vor allem auf die Einwilligung des berechtigten Elterntheiles gesehen zu werden und wenn eine andere Person als gesetzlicher Vertreter bezeichnet ist, außerdem die Zustimmung dieses gesetzlichen Vertreters; dis zum vollendeten zwanzigsten Lebensjahre ist die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters und des berechtigten Elterntheiles oder, wenn Eltern nicht vorhanden sind, der Vornundschaftsbehörde Ersordernis der Giltigkeit der She; nach dem vollendeten zwanzigsten bis zum vierundzwanzigsten Lebensjahre macht der Mangel der elterlichen Zustimmung der She unerlaubt, wenn auch die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters beigebracht wurde. (§ 16.)

Der Nachweis der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters erfolgt durch die von dem Matrifelführer abgegebene persönliche Erklärung des gesetzlichen Vertreters durch eine öffentliche Urfunde, oder durch eine legalissierte, oder eine solche vollkommen glaubwürdige Privaturkunde, welche der gesetzliche Vertreter: a) selbst geschrieben und unterfertigt, oder d) wenn sie von fremder Hand geschrieben wurde, von zwei vidintierenden Zeugen unterfertigt, oder die Unterschrift später von diesen als seine eigene anerkannt, oder e) wenn er nicht schreiben kann, in Gegenwart zweier vidimierenden Zeugen, deren einer auch den Namen des gesetzlichen Vertreters zu unterschreiben hat, mit seinem üblichen Handzeichen versehen hat.

Der gesetliche Vertreter muss in der Einwilligung jenen Cheschließenden genau (mit Anführung des Namens und etwa nothwendigen,

die Erfennung erleichternden Daten) bezeichnen, mit dem er das Gingeben einer Che bewilligt. Die Einwilligung mufs bestimmt und bedingungslos fein.

Wenn die Einwilligung ausdrücklich zurückgezogen wird, so fann das Aufgebot, beziehungsweise die Schlieffung der Che nicht

erfolgen.

Nach den gleichen Normen erfolgt der Nachweis der elterlichen

Einwilligung.

Der Nachweis der Einwilligung des gesetzlichen Bertreters und der elterlichen Zustimmung kann durch den ungarischen Matrifel= führer durch Ausfüllung vorgeschriebener Formulare und entsprechende Fertigung geschehen und ist gebürenfrei auszustellen.

Stempelfrei nach § 50, Gesetartifel XXXIII ex 94. Formulare einer Ginwilligung des gefetlichen Bertreters.

	ch Endesgefertigter , als gesetzlicher Vertreter
des	Ginwohners von gebe hiemit
meine &	inwilligung, dass mein genanntes (Kind [Mündel]) mit
	, wohnhaft in, die She schließen könne.

Bon uns als Zeugen:

æ.

92. 92.

Stempelfrei.

Formulare einer elterlichen Einwilligung.

Ich Endesgefertigt er als Watter gebe meine Cimvilligung, dass mein(e) Sohn Tochter, wohnhaft in

..... mit wohnhaft in die Che

ichließen fonne. am

Von uns als Zeugen:

etapes the same and area and IV. has the and alleged

Bolljährige Personen sind solche, welche das vierundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben und deren Minderjährigkeit nicht über Diese Zeit hinaus durch behördliche Verfügung angeordnet wurde.

Zu den Volljährigen im Sinne des Chegesetzes gehören ferner die behördlich volljährig erklärten Minderjährigen, wenn diese Ersklärung nicht ausschließlich zu dem alleinigen Zwecke des Antrittes eines selbständigen Gewerbebetriebes geschah. (Justizministerial-Verord-

nung vom 29. Juni 1895, 3. 27243, § 12.)

Endlich ist noch zu bemerken, dass ein minderjähriges Mädchen durch Eingehen einer Heirat unter Beachtung der Chegesetse vollzährig wird und demnach im Falle ihres vor dem vollendeten vierundzwanzigsten Lebensjahre eintretenden Witwenstandes nicht als minderjährig im Sinne des Chegesets zu behandeln wäre.

Graz. Domcapitular Anton Grießl.

VIII. (Jahlung einer zweiselhasten Schuld.) Der Priester Cajus hat ein Stipendium erhalten, um dafür eine Messe zu lesen. Er liest sie, erfährt aber nachträglich, dass (woran er selbst feinerlei Schuld trägt), es zweiselhast sei, ob der Wein, welchen er für die Messe benutzt, wirklich Wein gewesen. Wozu ist er verpflichtet? Wozu ist überhaupt ein Schuldner verpflichtet, wenn eine solide positive Probabilität dafür spricht, dass seine Schuld bereits getilgt ist?

Antwort: Er ist verpflichtet, den Zweifel, wo möglich, zu lösen. Gelingt diese Lösung nicht, so ift er zu nichts verpflichtet. Gury=Ballerini (I n. 80) erklärt: "Communissima tamen et prorsus rationi consona sententia est, eum, qui probabiliter alicui obligationi satisfecit, ad nihilum ulterius teneri." Anders spricht nun freilich derselbe Verfasser (n. 721), wo es sich um eine materia juris handelt. Als sententia communior führt er an, dass man im Fall eines solchen Zweifels zahlen müffe. Sein erster Grund ist: "Non satisfit obligationi certae per impletionem dubiam." — Sehr wahr! Wenn ich also eine sicher existierende Forderung zu zahlen habe, so darf ich nicht Geldstücke zur Zahlung verwenden, von denen es zweifelhaft ift, ob sie echt sind. Um einen solchen Fall aber handelt es sich hier nicht; denn wir haben hier eine Forderung, die zwar früher einmal sicher existierte, deren je tige Existenz aber (durch die Zahlung) zweiselhaft geworden ist; anderer seits handelt es sich auch nicht um eine noch vorzunehmende solutio dubia (mit zweifelhaften Geldstücken), sondern um Hingabe von Geldstücken, deren Schtheit sicher ist. Für unseren Fall wäre daher folgendes Agiom aufzustellen: "Obligatio dubia non potest exigere solutionem certam." Alls zweiten Grund nennt Gurn-Ballerini: "quia onus debitori incumbit attendendi et invigilandi, ut certo restituat; unde exortum dubium imputandum est ipsius negligentiae, ex qua creditor dammum pati non debet." Dieser Grund passt jedenfalls nicht auf unseren Fall; denn wir setzten voraus, dass den Cajus keinerlei Schuld traf.

Die zweite, von Gury-Ballerini gleichfalls als probabel hingestellte Ansicht lautet: "restituendum esse pro rata dubii,